

1968

1968: STUDENT/INN/ENBEWEGUNG



Informierte
lassen
sich nicht
uniformieren

StudentInnenbewegung

Die Frage, ob in Österreich „1968“ überhaupt stattgefunden hat und welche weiterreichende gesellschaftspolitische Bedeutung die StudentInnenbewegung hatte, wird auch dreißig Jahre später noch unterschiedlich beantwortet. Manche AkteurInnen von damals sehen aus der zeitlichen Distanz im Jahr 1968 nur eine „heiße Viertelstunde“, solange wie die Aktion „Kunst und Revolution“ in der Universität im Juni 1968 dauerte, die zwar einen Mediensturm der Entrüstung provozierte und die Verhaftung einiger Beteiligten zur Folge hatte, im Vergleich zu den Aktionen in den USA, in Frankreich, Deutschland und anderen Ländern aber eine nebensächliche Episode blieb. Zudem lassen sich auch vor und nach 1968 Ereignisse nennen – öffentliche literarische und künstlerische Aktionen schon seit den fünfziger Jahren, die Anti-Borodajkewycz-Demonstration 1965 und die Arena-Besetzung 1976 –, die ebenso gesellschaftspolitisch bedeutsam erscheinen wie das Jahr 1968. Dennoch wird in der österreichischen Öffentlichkeit gerade 1968 als Jahr einer kulturellen Zäsur gesehen.

Zutreffend ist diese Einschätzung nicht im Hinblick auf einzelne Aktionen, sondern wegen des Zusammentreffens verschiedener internationaler, politischer und kultureller Protestbewegungen, die die bisherige gesellschaftliche und politische Ordnung in Frage stellten. Die internationalen Ereignisse – die Anti-Vietnamkrieg-Bewegung in den USA, Hochschulbesetzungen in Europa, Asien, Südamerika, die StudentInnenbewegung in Frankreich und Deutschland – bildeten den Hintergrund und den Bezugspunkt entsprechender Aktionen in Österreich. Doch es gab auch österreichspezifischen Anlaß zum Protest: Die Universitäten waren nach wie vor stark hierarchisch orga-

nisiert und verweigerten den StudentInnen und dem Mittelbau (DozentInnen und AssistentInnen) das Mitspracherecht in universitären Fragen. Die „Borodajkewycz-Affaire“ 1965 war symptomatisch für den nach wie vor großen Anteil ehemaliger NationalsozialistInnen in führenden gesellschaftlichen Positionen und die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Hinzu kam der Generationenkonflikt innerhalb der Parteien zwischen den Bundesparteioorganisationen und den reformorientierten Flügeln ihrer jeweiligen studentischen Fraktionen. Konkrete politische Forderungen der StudentInnen vermischten sich mit einer allgemeinen Gesellschaftskritik, die in Österreich weniger theoretisch formuliert als in öffentlichen Aktionen demonstriert wurde. Die Form des Happenings, die von künstlerischen und literarischen Gruppen bereits in den fünfziger Jahren praktiziert worden war, wurde von der StudentInnenbewegung nun übernommen, um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen und die Öffentlichkeit zu provozieren. Die Tabubrüche und Provokationen verfehlten ihre unmittelbare und langfristige Wirkung nicht. Aber auch die konkreten politischen Anliegen der StudentInnenbewegung haben die österreichische politische Landschaft in Bewegung gebracht.

Die folgende Textzusammenstellung soll einerseits das geistige Klima der sechziger Jahre an den Universitäten („Borodajkewycz-Affaire“) und innerhalb der Gesellschaft vermitteln, aus dem heraus sich nicht nur die StudentInnenbewegung, sondern – wie der zweite Text zeigt – auch teilweise die künstlerischen Bewegungen erklären lassen, andererseits die Auswirkungen der 68er-Bewegung in Österreich darstellen.

DIE ZAHME REVOLUTION '68 UND WAS DAVON BLIEB

PAULUS EBNER/KARL VOCELKA

Die österreichischen Universitäten waren nach 1945 fest in katholisch-konservativer bzw. in deutschnationaler Hand. Die unter wechselnden Namen antretenden CV-nahen Studentenwahlplattformen kamen regelmäßig an die 50 Prozent oder darüber, ca. ein Drittel der Studenten wählte den Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), der die schlagenden Burschenschaften und ihre Sympathisanten vertrat. An manchen Standorten wie etwa an der Technischen Hochschule Graz errang der RFS bis Ende der sechziger Jahre absolute Mehrheiten.

Die Linke hatte an den Hochschulen nichts zu bestellen. Das war natürlich durch den real existierenden sozialen Numerus clausus bedingt, daran hatten aber auch Kontinuitäten auf der Seite der Lehrenden maßgeblichen Anteil: Die Entnazifizierung wurde an vielen Hoch-

Der Fall
Borodajkewycz

*Borodajkewycz-Demonstration.
Die Affäre Borodajkewycz bot auch Anlaß für Forderungen nach einer grundsätzlichen Hochschulreform, die eine Demokratisierung der autoritären Strukturen und die Autonomie der Hochschulen realisieren sollte.
Wien 1965.
Quelle: Votava*



schulen in den fünfziger Jahren wieder zurückgenommen, während Emigranten oder Professoren mit liberaler oder gar linker Einstellung praktisch keine Chance auf einen Lehrstuhl hatten.

Die Hochschulen behielten also ihren Charakter als Kaderschmieden der österreichischen Bourgeoisie auch dank der Studiengebühren und ungenügender Stipendienregelungen. Bei den ersten Hochschülerschaftswahlen nach dem Krieg erreichten sozialistische und kommunistische Studenten ein knappes Viertel der Stimmen, allerdings durften die deutschnationalen Kräfte noch nicht kandidieren. Später erzielte der VSStÖ regelmäßig ein Ergebnis zwischen 10 und 15 Prozent, die Kommunisten, die als Verband demokratischer Studenten (VdS) kandidierten, kamen selten über 1 Prozent hinaus. Manchmal verzichteten sie wegen erwiesener Aussichtslosigkeit überhaupt auf das Antreten.

Doch gerade der notorisch schwachbrüstige und in interne Fraktionskämpfe verstrickte VSStÖ ist es, der den größten Universitätsskandal der Nachkriegsgeschichte ins Rollen bringt. An der Hochschule für Welthandel (der heutigen Wirtschaftsuniversität) las Taras Borodajkewycz als einziger Professor das Fach „Handelsgeschichte“. Immer wieder ließ der illegale Nationalsozialist (Beitritt 1934), der zu jenen katholischen Intellektuellen gehörte, die sich rechtzeitig mit den Nazis arrangiert hatten, antisemitische Bemerkungen (etwa gegen Rosa Luxemburg) in seine Vorlesungen einfließen. Bei Prüfungen verlangte er das Beiwort „Jude“, wenn es etwa um Karl Marx oder Hans Kelsen ging. Außerdem leugnete er standhaft die Existenz einer österreichischen Nation.

Borodajkewycz, 1962:

„Hier brachten die Nachkriegsjahre das makabre Erlebnis einer Umerziehung, bei uns in Österreich den charakterlosen Versuch der Entdeutschung seiner Geschichte, das Bemühen, in liebedienerischer Unterwürfigkeit gegenüber den Besatzungsmächten eine eigene ‚österreichische Nation‘ zu kreieren, die die Absage an die bisher selbstverständliche Zugehörigkeit zum deutschen Volk in sich schließen wollte.“¹

Wie konnte jemand mit diesen Ansichten überhaupt Universitätsprofessor in der Zweiten

Republik werden? Borodajkewycz hatte die Situation nach 1945 zu seinen Gunsten ausgenutzt. Wie die anderen Parteien auch versuchte die ÖVP nach dem Krieg, die ehemaligen Nazis auf ihre Seite zu ziehen. Als Kontaktmann zwischen der ÖVP und den sogenannten nationalen Kreisen eignete sich der Träger päpstlicher Auszeichnungen geradezu ideal. Die „Arbeiterzeitung“ berichtet 1949, daß es Borodajkewycz gewesen war, der bei der Geheimkonferenz von Oberweis zwischen der ÖVP-Spitze (Raab, Maleta u. a.) und führenden Nationalsozialisten (SD-Leiter Höttl, Kaltenbrunner-Adjutant Wührer u. a.) das Forderungspapier der Nazis an die ÖVP ausgearbeitet hatte. 1955 wurde er vermutlich auch für diese Verdienste mit einer Professur belohnt, ohne auch nur im entferntesten seine politische Einstellung geändert zu haben.

Der Student Ferdinand Lacina fertigte genaue Mitschriften der Vorlesungen von Borodajkewycz an, und Heinz Fischer ging unter Verwendung dieses Materials mit Artikeln im „FORUM“ und in der „Arbeiterzeitung“ gegen den rechten Professor vor. Borodajkewycz hatte in den Vorlesungen unter anderem den 13. März 1938 als einen der größten Tage in seinem Leben bezeichnet. Trotzdem strengte er schon 1962, vertreten vom FPÖ-Spitzenpolitiker Tassilo Broesigke, einen Presseprozeß gegen Fischer und Lacina an, den er auch gewann, weil das Gericht in seinen Äußerungen keine Verletzung bestehender Gesetze sah. In der Folge waren seine mündlichen und schriftlichen Äußerungen immer wieder Thema von parlamentarischen Anfragen.

Zum Wendepunkt in der Affäre wird eine Pressekonferenz am 23. März 1965, zu der der VSStÖ an der Hochschule für Welthandel geladen hatte. In den Räumlichkeiten der Österreichischen Hochschülerschaft fanden sich Journalisten von Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen ein. Die staunende Öffentlichkeit erlebt somit, wie die meisten der anwesenden Studenten Borodajkewycz' Art der Wissensvermittlung immer wieder mit Heiterkeitsbezeugungen unterbrechen.

„Ich kann nicht sagen, daß Herr Kelsen Israeli war, weil damals der Staat Israel noch nicht existiert hat (schallendes Gelächter). Abgesehen davon, daß ja vieles von den Lehren Marx' nicht verständlich ist, wenn man seine jüdische Herkunft, seine Herkunft aus dem Rabbinertum nicht berücksichtigt.“ (Erneut schallendes Gelächter)(Borodajkewycz am 23. 3. 1965)²

**Borodajkewycz,
1963:**

Diese Pressekonferenz führt dazu, daß der Fall Borodajkewycz endgültig aus dem gängigen Links/Rechts-Schema herauswächst und weitere Kreise der Öffentlichkeit erreicht. Vor allem die überparteiliche Österreichische Widerstandsbewegung und die Tageszeitungen „Kurier“ und „Neues Österreich“ machen nun Front gegen den Professor, der sich allerdings an der Hochschule für Welthandel der Unterstützung durch die überwiegende Mehrheit der Hörer sicher sein konnte.

Am 29. März kommt es zur ersten großen, von der Österreichischen Widerstandsbewegung organisierten Kundgebung, die prompt von rechten Gruppen unter Rufen wie „Saujuden“, „Kommunistenschweine“ und dem an Perfidie wohl nicht zu übertreffenden (und an Österreichs Hochschulen seit den Unruhen an der Universität Wien vom November 1946 verwendeten) „Hoch Auschwitz!“ attackiert wird. Zwei Tage später folgt die nächste Demonstration gegen Borodajkewycz. Wieder versammeln sich rechte Studenten. Die damalige RFS-Spitze um Vorsitzenden Krünes und Generalsekretär Frischenschlager bestreitet bis heute, daß die Gegendemonstration vom RFS organisiert wurde. Tatsache ist, daß viele RFS-Sympathisanten an der sehr bald gewalttätigen Kundgebung teilnahmen. Bei der Oper verbrennen sie auf einem Scheiterhaufen alle Exemplare des „Kurier“, deren sie habhaft werden können. Wenig später kommt es beim Hotel Sacher zu Handgreiflichkeiten, der KZ-Überlebende Ernst Kirchwegger wird von einem neonazistischen Studenten (mit Boxerausbildung) namens Günter Kümel, der schon 1961 an einem Bombenanschlag auf die italienische Botschaft beteiligt war, niedergeschlagen. Der kommunistische Pensionist stirbt drei Tage später, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Dieses Ereignis und auch das folgende eindrucksvolle Begräbnis hätten einen zweifachen

Wendepunkt der österreichischen Geschichte bedeuten können. Die ÖVP distanzierte sich wenigstens verbal von Borodajkewycz. Damit hätte diese Bluttat den wohl nur unmittelbar nach der Befreiung ernsthaft in die Tat umgesetzten antifaschistischen Grundkonsens wiederbeleben können – aber daran hatten weder Konservative noch Sozialisten echtes Interesse. Ja, im Gegenteil, die SPÖ unter Kreisky begann sogar verstärkt um das Wohlwollen der Ehemaligen zu buhlen (man denke nur an die personelle Zusammensetzung der ersten Minderheitsregierung Kreisky).

Wenigstens für die österreichischen Hochschulen hätte dieses Ereignis ähnliche Folgen haben können wie der 2. Juni 1967 (die Ermordung Ohnesorgs) für die deutschen. Hier wie da folgte der Bluttat gegen einen Antifaschisten ein skandalöses Gerichtsurteil: Kümel wird wegen Notwehrüberschreitung zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Was den Totschläger wohl schlimmer traf, er wurde für kurze Zeit von den österreichischen Hochschulen relegiert. Im Gegensatz zu Deutschland 1967 entwickelte sich jedoch keine autonome Studentenbewegung, ja nicht einmal ein stärkerer Zulauf zur universitären Linken. Im Gegenteil: Bei den nächsten ÖH-Wahlen konnte der RFS seine Position um 4 auf 30 Prozent ausbauen. Bleibt die Frage, ob der Tod eines der ÖVP oder SPÖ angehörenden KZ-Überlebenden ähnlich folgenlos geblieben wäre wie der des Kommunisten Ernst Kirchwegger.

International erregte der Tod Kirchwegers großes Aufsehen, Zeitungen in aller Welt reagierten kritisch bis entsetzt auf die Wiener Vorgänge. Der von Borodajkewycz geschmähte Hans Kelsen – immerhin der Autor der österreichischen Verfassung von 1920 – sagte deswegen seine Teilnahme an der 600-Jahr-Feier der Universität Wien ab, ließ sich nach einem Gespräch mit Justizminister Broda aber doch umstimmen. Auch die österreichischen Blätter wandten sich gegen den Professor, manche eindeutig (etwa auch das „Volksblatt“ der ÖVP), andere weniger deutlich. „Presse“-Herausgeber Otto Schulmeister nutzte den Anlaß zu einer grundsätzlichen Abrechnung mit der österreichischen Vergangenheitsbewältigung, entlastete damit aber praktisch die hier und jetzt handelnden Personen.

Wenigstens Borodajkewycz kommt nicht ganz ungeschoren davon: Heinz Fischer wird unter dem Eindruck der Ereignisse im neu aufgerollten Presseprozeß freigesprochen. Daraufhin beschließt der Disziplinarrat der Hochschule für Welthandel im Mai 1966, also über ein Jahr nach Kirchwegers Tod, Borodajkewycz zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen. Unterrichtsminister Piffli-Percevic hatte sich bis zuletzt gegen eine Suspendierung des Professors gewehrt. Der Streit um seine Pension geht noch weiter, der Herr Professor will sich mit einer minimalen Kürzung seiner Gage nicht abfinden und beschäftigt mit dieser Causa noch jahrelang die Gerichte.

Aus: Ebner, Paulus, Vocelka, Karl: Die zahme Revolution '68 und was davon blieb. Ueberreuter-Verlag, Wien 1998, S. 24/25.

1 Fischer, Heinz: Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz, Wien 1966, S.34

2 Portisch, Hugo: Österreich II, Band 3: Jahre des Aufbruchs – Jahre des Umbruchs, Wien 1996, S.241.

AKTIONISMUS UND KONZEPTKUNST IN ÖSTERREICH

ROBERT FLECK

Eine vertiefte Reflexion über den Wiener Aktionismus und die frühe österreichische Konzeptkunst aber darf einen Umstand nicht unerwähnt lassen, ohne den der Wiener Aktionismus wohl nicht entstanden wäre, zumindest nicht in dieser Form, und ohne den er kaum zu verstehen ist. Es handelt sich um den Charakter des Wiener Aktionismus als einen existentiellen Aufschrei in der postfaschistischen österreichischen Konstellation der Nachkriegszeit.

Mehr noch als irgendeine geistige und kunsthistorische Tradition wie die analytische Philosophie, die in den Jahren 1901 bis 1938 in Österreich entwickelt worden war, oder der bloße Gedanke des Aktionistischen erklärt diese besondere gesellschaftliche Konstellation des Wiener Aktionismus und die frühe österreichische Konzeptkunst. Diese gesellschaftliche Konstellation des Österreich der sechziger Jahre beruhte darin, daß das Land sich zwar der westlichen Welt zurechnete und von der westlichen Welt, in der scharfen Ost-West-Konfrontation dieser Jahre, ihr auch problemlos zugerechnet wurde, doch insbesondere im kulturellen Bereich nie ebenso brutal mit der Mentalität und den Institutionen der faschistischen Epoche gebrochen hatte wie die benachbarte Bundesrepublik. Der Kontrast mit der Bundesrepublik konnte bereits in den fünfziger Jahren nicht schärfer ausfallen.

Seit der Eroberung durch die westlichen Alliierten 1945 als Feindesland behandelt, empfing die Bundesrepublik auch regelmäßig ihre „Kur“ an neuester westlicher moderner Kunst. Nichts illustriert dies besser als die Entscheidung, die weltgrößte Ausstellung westlicher moderner Kunst, die „documenta“, in der Bundesrepublik und noch dazu möglichst knapp an der damaligen Zonengrenze, in Kassel, zu implantieren. Bereits mit der Kasseler „documenta 2“ von 1960, der ersten wirklichen „Weltausstellung moderner Kunst“ seit den Kunstausstellungen der Pariser Weltausstellung von 1937, fand die neueste Entwicklung der Moderne, zumindest was die Ausstellungen betraf, wieder im freien Teil Deutschlands statt. Die Entstehung einer von Privatsammlern und privaten Galerien getragenen und von den Medien vergleichsweise konfliktlos akzeptierten Avantgarde-Kunstszene folgte in der BRD binnen weniger Jahre, bevor die siebziger und die achtziger Jahre das Phänomen erbrachten, daß fast die gesamte westdeutsche Bildungsschicht sich mit der Offenheit für die zeitgenössische Kunst endgültig von der traumatischen Vergangenheit des Landes loszulösen suchte.

In dieser Hinsicht fand im wiederhergestellten Österreich der Zweiten Republik nicht nur metaphorisch von Anfang an das Gegenteil statt. Anders als die Bundesrepublik, in diesem ganz speziellen Gesichtspunkt aber wie die DDR wurde Österreich ab dem Zusammenbruch der Fronten des Dritten Reichs im Frühjahr 1945 von den Besatzungsmächten nicht als „Feindesgebiet“ betrachtet, sondern als befreundeter Staat behandelt, womit der Status nicht eines Bestandteils, sondern eines Opfers des Dritten Reiches verbunden war. Die ersten Truppen, die die Grenzen der vormaligen Republik Österreich überschritten, stellten für die nachkommenden ausdrücklich das Schild „Freundesland“ auf. Die „Entnazifizierung“ war denn auch unvergleichlich oberflächlicher als in der von den Alliierten gegründeten Bundesrepublik, und zwar in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, von der im Gegensatz zur BRD oder auch Frankreichs nichterfolgten Auflösung der durch eine Kollaboration mit dem Nazi-Regime kompromittierten Presseorgane über das Ausbleiben jeglichen spektakulären Prozesses gegen die höchsten inländischen Verantwortlichen der Nazi-Diktatur, wie es für die BRD der Nürnberger Prozeß gewesen war, bis zum Nichtzustandekommen jener „Umerziehung zur Demokratie durch die Wiederdurchsetzung der modernen Kunst“, die ein ganz zentraler Gedanke der alliierten Politik in der Bundesrepublik war. Eine besondere Rolle spielte in diesem Zusammenhang der Umstand, daß über dem Thema von Österreich als einem unschuldigen Opfer des Nazi-Regimes jede Reflexion über die Tatsache ausgeklammert blieb, daß das Land von 1934 bis 1938 einen autochthonen Faschismus hervorgebracht hatte, einen katholisch-fundamentalistischen und

**Existentieller
Aufschrei in der
postfaschistischen
österreichischen
Konstellation der
Nachkriegszeit**

Valie Export/
Peter Weibel
Aus der Mappe
der Hundigkeit,
Wien 1968
Quelle:
Valie Export



W.I.R. sind W.A.R.

war art riot.

krieg kunst aufruhr.

W.A.R. propagiert die revolution des verhaltens.

W.A.R. annulliert den gesellschaftsvertrag.

wir fallen aus dem staat wie aus ausgetretenen galoschen.

der staat ist für den schritt der zukunft ein zu enger schuh.

abschaffung der verwaltungsvollstreckungs-gesetze.

abschaffung der verkehrssicherheit.

abschaffung der verfassung.

Aus: Weibel, Peter, Steinle, Christa (Hg.):
Identität und Differenz:
Eine Topographie der Moderne 1940–1990,
Böhlau Verlag, Wien 1992, S. 287.

antiindustriellen Faschismus vom Typus des späteren französischen Vichy-Regimes. Im Gegenteil knüpften sogar tragende Pfeiler der wiedererrichteten Republik, in der verständlichen Sorge, zwischen den beiden Bürgerkriegsparteien von 1934 Frieden zu schließen, wie die Sozialpartnerschaft mit der weitgehenden Ausschaltung der Rolle der politischen Repräsentativinstitutionen westeuropäischen Typs wie des Parlaments, zugunsten einer unmittelbaren Abstimmung zwischen den Unternehmer- und Arbeitnehmerverbänden und dem Staat, nach dem Modell des italienischen Faschismus an dieses dunkle Erbe der dreißiger Jahre an.

Seine besondere Prägnanz erreichte der Wiener Aktionismus nun nicht nur vor dem Hintergrund, sondern als Antwort auf diese postfaschistische österreichische Konstellation der ersten Nachkriegsjahrzehnte. Deren tägliche Lebensbedingungen für die Künstler, die der Bohème oder Avantgarde zuzählten, sind leicht zu illustrieren. Es gab in Wien, ganz im Gegensatz zu Köln, Berlin oder München, ganz zu schweigen von Paris oder New York, keine vom Verkauf von Kunstwerken lebende Galerie, die moderne oder avantgardistische Kunst vertreten hätte. Es gab kein Museum für moderne Kunst. Auch als der damalige Unterrichtsminister dem erst 29-jährigen Werner Hofmann die unvergleichliche Chance bot, als Gründungsdirektor eines solchen Museums den Beginn einer Sammlung moderner Kunst in Österreich zusammenzutragen, der ersten seit dem tiefen Einschnitt von 1938, zog man sich zuletzt auf den unverfänglichen Namen eines „Museums des 20. Jahrhunderts“ zurück, um das in der österreichischen Bevölkerung nach wie vor verfeimte Wort „Moderne Kunst“ nicht staatlich verantworten zu müssen. Wer dann aber die Kritiken und Besprechungen zur Eröffnungsausstellung dieses Museums liest, zu der Werner Hofmann die bis heute breiteste Übersicht über das Kunstschaffen der Moderne in Österreich zusammentrug, empfindet einen initiatorischen Schauer, indem die durchwegs negativen Besprechungen noch mehrheitlich Argumente gegen diese „vorgebliche Moderne“ vortragen, die dem Diskurs über die „Entartetheit“ der westlichen Moderne aus dem Dritten Reich entstammen. Fast jeder Protagonist der damaligen Wiener Avantgardeszene erinnert sich an Anekdoten, daß Träger langer Haare auf der Straße von wildgewordenen Hausfrauen mit der Schere angegriffen wurden, oder daß man sich als Outlaw betrachtet sah, sobald man eine Jeans trug. Gegen die Vorführung von Western-Filmen demonstrierten in diesen Jahren regelmäßig noch Mütter vor österreichischen Kinos, unter dem Vorwurf, daß diese Vorführungen gegen das „Gesetz gegen Schmutz und Schund“ verstießen, das unter anderem vom Nazi-Regime übernommen war. /.../

Aus: Fleck, Robert: Aktionismus und Konzeptkunst in Österreich.

In: Weibel, Peter, Steinle, Christa (Hg.):

Identität und Differenz:

Eine Topographie der Moderne 1940–1990,

Böhlau Verlag, Wien 1992, S. 283/284.

DIE STUDENTENBEWEGUNG DER SECHZIGER JAHRE IN ÖSTERREICH

ANTON PELINKA

Was wird allgemein unter der Studentenbewegung der sechziger Jahre verstanden? Studenten haben in den reicheren Ländern – eigentlich beginnend mit dem free-speech-movement in Berkeley 1964, dann nach Europa übergreifend, mit dem Höhepunkt 1968 – radikal das eingefordert, wofür ihre politischen Systeme zu stehen behaupteten. Die Studentenbewegung war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß sie Demokratie beim Wort nahm. Eine radikal-demokratische Bewegung also, die nicht mehr mit dem Hinweis auf materielle Sättigkeit, und daß es früher schlechter gewesen sei, zufriedengestellt werden konnte.

Für Österreich brachte die Studentenbewegung vor allem den Aspekt der Europäisierung. Sie war in der Alpenrepublik relativ schwach, wenn man sie mit Paris 1968 oder mit der deutschen Studentenbewegung Berlin 1967/1968 vergleicht. So gesehen entwickelte die Studentenbewegung in Österreich nur eine relativ geringe politische Sprengkraft, war aber und ist in ihren Konsequenzen wichtig, weil sie eigentlich zum erstenmal seit 1955 internationale (zunächst europäisch-politische) Wellenlängen nach Österreich gebracht hat. Österreich stellt bis zur Studentenbewegung 1968 ein relativ abgeschottetes Land dar: um mit den Worten von Papst Paul VI. zu sprechen, eine Insel, eine „Insel der Seligen“; oder der „Wenigerseligen“? Die Studentenbewegung hat deutlich gemacht, daß Österreich keine Insel ist und daß das, was in Europa passiert, sich gesellschaftlich in Österreich niederschlägt; zwar mit Verspätung und abgeschwächt – aber dennoch!

Erste These: Die Studentenbewegung der sechziger Jahre hat in Österreich besonders verfestigte Strukturen vorgefunden.

Die Studentenbewegung ist in Österreich gegen härtere Wände gelaufen als in anderen westlichen Demokratien Europas. Diese „harten Wände“, an denen man sich die Köpfe blutig schlagen konnte, hießen: erstens Parteienstaat, zweitens Verbändestaat und drittens stabiles Wählerverhalten.

Parteienstaat heißt, daß in Österreich die Parteien nicht Produkte des Staates, sondern der Staat Produkt der Parteien war. Zweimal – 1918 und 1945 – wurde die Republik von Parteienvertretern gegründet. Die Parteien sind älter als diese Republik und haben daher durchaus konsequent diesen Staat, diese Republik, nach ihren Vorstellungen geformt – in Besitz genommen. Parteienstaat in den Sechzigern bedeutete, daß es eigentlich keinen Staat gab, sondern nur SPÖ und ÖVP sowie ein kleines Stückchen FPÖ – und sonst nichts. Der Staat war somit die Summe der Parteien. Politisches Engagement außerhalb dieser vorgegebenen, festen Organisationsformen war kaum vorstellbar und kaum möglich.

Der Parteienstaat hat sich in der Zweiten Republik den Verbändestaat als zweites Standbein geschaffen. Dieser Verbändestaat hat die verfestigten Organisationsformen noch zusätzlich gestärkt. Außerhalb der Parteien und Verbände, vor allem der Kammern und des ÖGB, war politisches Engagement nicht sinnvoll vorstellbar, welcher Umstand durch stabiles Wählerverhalten abgesichert wurde.

Die Schwankungen zwischen den drei etablierten Parteien, die den drei traditionellen Lagern entsprachen, waren extrem gering, denn es schien in der politischen Kultur der sechziger Jahre noch selbstverständlich, daß man sich einem der Lager zugerechnet hat. Das Ausbrechen aus dieser Bindung wurde moralisierend abwertend – wie etwa: Flugsand, Untreue, bis hin zum Verrat – bewertet. Die Studentenbewegung hat, und das ist eine Relativierung der drei festen Mauern, 1966 eine ungewöhnliche Situation vorgefunden, nämlich die zunächst als Betriebsunfall eingeschätzte Beendigung der Großen Koalition. 1966 endet die Große Koalition, auch wenn man rückblickend sagt, das Ende der Großen Koalition sei als Konsequenz der absoluten Mandatsmehrheit der ÖVP ein rechnerischer Zufall gewesen: Denn hätte die DFP nicht kandidiert und über 3 % Stimmen bekommen, ohne selbst in den Nationalrat einzuziehen, wäre die Hürde zur absoluten Mehrheit nicht so niedrig gewesen, und die ÖVP hätte es demnach nicht geschafft. Wie auch immer, dieses

Erlebnis, daß man Österreich auch ohne Große Koalition regieren kann, hat eine Art Befreiungseffekt, Enttabuisierung herbeigeführt. Man kann das sehr gut an der Person Bruno Kreisky nachvollziehen: Am Parteitag der SPÖ im Frühjahr 1966 war Bruno Kreisky der Hauptvertreter der Politik. Trotz demütigenden Bedingungen der ÖVP tritt er für die Große Koalition ein und unterliegt damit. Ab Jänner 1967, als neuer Parteivorsitzender der SPÖ, verfolgt Bruno Kreisky konsequent und zunächst überraschend die Politik, die sich immer mehr von der Großen Koalition abwendet und schließlich die sozialdemokratische Hege- monie der siebziger Jahre einleitet.

Die Studentenbewegung betritt also, relativiert durch den erwähnten „Betriebsunfall“, eine durch Loyalitäten extrem verfestigte politische Landschaft. Die politischen Loyalitäten in Österreich hießen: ÖVP-Loyalität, SPÖ-Loyalität oder FPÖ-Loyalität. Politische Konfliktlinien waren nur entlang dieser Parteien sinnvoll und vorstellbar. Das wurde von der Studentenbewegung hinterfragt, konterkariert und herausgefordert. Sie hat sich nicht darauf verstanden, daß sie sich im Bündnis mit einer Partei gegen eine andere stellt, daß sie sich integrieren läßt, um dann genau diese Konfliktlinie zwischen SPÖ gegen ÖVP nachzuzeichnen. Dafür hatte es schon im „Fall Borodajkewycz“ Anzeichen gegeben. Auf der anderen Seite war es im wesentlichen der Ring Freiheitlicher Studenten, der für Borodajkewycz demonstriert hat und damit eher für eine alte Politik gestanden ist.

Ein zweites Ereignis, das dieses Aufbrechen der Konflikte andeutet, sind die Vorfälle vom 1. Mai 1968. Während der traditionellen Maifeier der SPÖ Wien vor dem Rathaus demonstrieren linke Studenten – größtenteils aus dem Verband Sozialistischer Studenten – und stören mit Zwischenrufen die Rede des Bürgermeisters von Wien, Bruno Marek. Daraufhin publiziert Günther Nenning im Neuen Forum Unterstützungserklärungen für die Studenten und wird aufgrund dessen von dem Parteivorsitzenden Bruno Kreisky „Wurstel“ genannt. Nenning klagt. Kreisky wird vom Nationalrat nicht ausgeliefert und somit auch vor einer unvermeidlichen Strafverurteilung bewahrt. Auch hier handelt es sich um eine Konfliktlinie, die nichts mit ÖVP gegen SPÖ zu tun hat, sondern quer durch die SPÖ geht. Die Studentenbewegung protestiert gegen die traditionellen Strukturen der SPÖ, und der zu Ambivalenz gezwungene Parteivorsitzende ist in diesem Fall bei den traditionellen Strukturen zu finden.

Die Studentenbewegung in Österreich war angesichts der verfestigten parteipolitischen Lage relativ stark von den traditionellen Strukturen kontrolliert

Zweite These:

Die österreichische Studentenbewegung findet zunächst in den traditionell politischen Kanälen statt – überwindet sie aber teilweise. Die österreichischen Universitäten waren Mitte der sechziger Jahre durch Kontinuität gekennzeichnet. Die Kontinuität wurde dadurch unterstrichen, daß bald nach 1945 die wenigen wegen nationalsozialistischer Betätigung entlassenen Universitätslehrer wieder eingesetzt worden waren. Die Kontinuität zeigte sich aber für die Studenten besonders darin, daß studentische Politik, die das an sich gesamtuniversitär sehr gut organisierte System studentischer Repräsentation – Stichwort Hochschülerschaft – geregelt hat, eindeutig von den politischen Parteien (= politischen Lagern) beherrscht war. Die studentische Politik bis Mitte der sechziger Jahre wurde entweder im Rahmen der von der ÖVP und insbesondere vom Kartellverband kontrollierten Mehrheitsgruppe Wahlblock (später ÖSU als Ergebnis einer gewissen Flexibilisierung durch die Studentenbewegung) oder des von der FPÖ kontrollierten Ringes Freiheitlicher Studenten oder des von der SPÖ kontrollierten Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs betrieben. Andere Gruppierungen, wie etwa der Kommunistische Studentenverband, haben hier überhaupt keine Rolle gespielt. Das Drei-Parteien-System auf der Makroebene findet eine vollständige Entsprechung auf der studentischen Ebene, allerdings mit anderen Stärkeverhältnissen: Die sozialistischen Studenten verhältnismäßig schwach, die beiden bürgerlichen Fraktionen deutlich stärker als die entsprechenden Parteien. Bereits vor der Studentenbewegung funktionierten die studentischen Fraktionen als Karriereschienen für den Aufstieg in die jeweiligen Parteien. Neben der Ferdinand Lacinas beginnt die Karriere Heinz Fischers und Karl Blechas im Verband Sozialistischer Studenten, die Karriere von Alois Mock und

*Besetzung eines UNI-Hörsaals. Die revolutionären Vorgänge im Mai '68 in Paris waren Vorbild für die Aktionen österreichischer StudentInnen. Ende Mai besetzten sie die Universität in Wien, hißten die Rote Fahne und hielten Diskussionsveranstaltungen ab.
Quelle: Votava*



Heinrich Neisser im Wahlblock und die Karriere eines Alexander Götz oder eines Helmut Krünes im Ring Freiheitlicher Studenten. Es wäre sicherlich interessant, die Kandidatenlisten der diversen Fraktionen der Hochschülerschaftswahlen in den fünfziger und frühen sechziger Jahren anzusehen und auf Kontinuität in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren hin zu untersuchen. Diese Kontinuität findet die Studentenbewegung vor, politische Karrieren werden über studentische Gruppierungen im Rahmen der vorgegebenen Lager und traditionellen Parteien angestrebt, studentische Politik ist Lagerpolitik – ist Parteienpolitik. Studenten, die 1968 und danach studiert und sich an den Universitäten organisiert haben, haben kaum oder nicht in dem Ausmaß wie vor 68 politische Karriere gemacht. Die Karriereleiter studentischer Politik direkt in die Führungsetagen des politischen Systems reißt fast ab, wird brüchig – und kann kaum noch verwendet werden. Zwei Namen auf Prominentenebene wären hier noch zu nennen: Cap und Frischenschlager. Nicht zufälligerweise ist bei der ÖVP kein Nach-68er-Studentenvertreter, der auf dieser Ebene in die Politik hineingekommen wäre, zu erwähnen.

Die Studentenbewegung 68 bewirkt eine massive Entfremdung zwischen Studenten und Parteien. Das universitäre Milieu, die studentischen Aktivitäten entfremden sich von der traditionellen Kultur der Zweiten Republik, die da heißt: Summe von SPÖ, ÖVP und FPÖ.

Die politische Dekomposition der Studenten wird durch bestimmte Sonderaktionsformen, hier eben durch die Aktion, einer studentischen Gruppe der 68er, unterstrichen. Die politische Landschaft auf studentischer Ebene beginnt zu zerfallen, unberechenbar zu werden und damit ihre Nützlichkeit für die Parteien langsam zu verlieren. Das Interesse der Parteien an studentischer Politik nimmt ab: nicht an den Universitäten, aber an der studentischen Politik an den Universitäten.

Dritte These: Die Studentenbewegung in Österreich hat zum „linken Zeitgeist“ der siebziger Jahre wesentlich beigetragen.

Zunächst verschiebt sich das Wählerverhalten innerhalb des traditionellen Parteienspek-

trums zugunsten der Sozialistischen Partei Österreich. Die SPÖ kann in der Ära Kreisky im Wettbewerb mit anderen Parteien die Studentenbewegung thematisch für sich nützen. In den achtziger Jahren geschieht dies nicht mehr, und die neue Beweglichkeit – auch Produkt des Jahres 1968 – richtet sich gegen die traditionellen Parteien, einschließlich der SPÖ. Das gehört zu diesem linken Zeitgeist in direkter Verbindung mit der Studentenbewegung.

Die Studentenbewegung – von Berkeley bis Wien – ist angetreten, die Demokratie beim Wort zu nehmen. Wenn wir uns die politischen Dokumente der Siebziger ansehen, wird deutlich, wie sehr sich das niederschlägt. Im Salzburger Programm der ÖVP, dem Grundsatzzprogramm der Volkspartei von 1972, lesen wir von dem Grundwert der dynamischen Demokratie, die sich in die Gesellschaft ausbreitet: eine gesamtgesellschaftliche Demokratisierungskonzeption von einer zumindest in einer allgemeinen Form formulierten Radikalität, von der heutige Politiker – auch verbal – Abstand nehmen würden. Im neuen Parteiprogramm der SPÖ von 1978 lesen wir von der Durchflutung aller Lebensbereiche mit der Demokratie: eine noch radikalere gesamtgesellschaftliche Demokratisierungsvorstellung. Es ist hierbei anzumerken, daß solche Programmpunkte nicht als politische Anweisungen Bedeutung haben, wohl aber als politisches Barometer, als Indikatoren für die politische Befindlichkeit. Diese Demokratisierungspostulate entsprechen dem radikalen Demokratieverständnis der Studentenbewegung.

Demokratisierungspostulat

In den siebziger Jahren wachsen Dritte-Welt-Gruppen aus dem österreichischen gesellschaftlichen Boden. Das Engagement für die Armen dieser Welt, das Engagement gegen die globale Ausbeutung wird in Österreich eine wichtige Betätigung. Das entspricht auch genau dem Politikverständnis der Studentenbewegung, Österreich ganzheitlich eingebunden in das Weltweite der Verteilung der Ressourcen zu sehen, eingebunden als Nutznießer dieser weltweiten Verteilung.

Internationalisierung

Hier besteht ein besonders wichtiger Konnex, denn im Vorfeld der Nationalratswahl von 1970 wird in Österreich das „Anti-Bundesheer-Volksbegehren“ gestartet: der eigentliche Beginn einer österreichischen Friedensbewegung des neuen Typs. Es hat immer schon eine Friedensbewegung des alten Typs gegeben, so die Antiatombombenbewegung, die allerdings mangels österreichischer Atombomben keine größere Anhängerschaft fand. Das Anti-Bundesheer-Volksbegehren hat eine wesentliche Resonanz und wird von der SPÖ mit der Forderung „Sechs Monate sind genug“ wahlstrategisch genutzt. Daraufhin beschließt dann die SPÖ-Regierung: „Acht Monate sind genug.“ So beginnt eine Wellenbewegung des Auf und Ab, die jedenfalls bis 1982 weitergeht. Es handelt sich hierbei um ein Engagement bestimmter Gruppierungen, die im Sozialprofil und in Karriereverläufen sehr eng mit der Studentenbewegung von 1968 zu tun haben. Einerseits wird die österreichische Landesverteidigung kritisch thematisiert, und andererseits findet auch die Integration in die internationale Friedensbewegung statt. 1982 wird deshalb angeführt, weil in diesem Jahr die großen Demonstrationen gegen die Nachrüstung der NATO stattfinden.

Friedensbewegung

Die Studentenbewegung beginnt an der Universität, und eine ihrer Forderungen ist die Öffnung dieser: die Öffnung der Entscheidungsstrukturen an den Universitäten, die Öffnung des Entscheidungsmonopoles der Professoren zugunsten eines pluralen Entscheidungssystems, aber auch die soziale Öffnung. Schon in den sechziger Jahren noch vor der Ära Kreisky geschieht dies bei den als elitär empfundenen Bildungsinstitutionen, Gymnasien und Universitäten. Nutznießer dieser neuen sozialen Mobilität, einer Art „self-fulfilling prophecy“, sind die Träger der nächsten Generation der Studentenbewegung.

Sozialmobilität

Auffallend ist, daß die Studentenbewegung zunächst in einem Punkt nicht fruchtbar ist, nämlich im Bereich der Frauenbewegung. Die faktische Diskriminierung der Frauen wird von der Studentenbewegung noch nicht besonders thematisiert. Die Heroen der Studenten-

Demonstration sozialistischer StudentInnen in Wien für Rudi Dutschke, 12. 4. 1968. Nach dem Attentat auf Rudi Dutschke gingen einige hundert StudentInnen auf die Straße und demonstrierten gegen die deutsche Springer-Presse, die eine Hetz-Kampagne gegen Dutschke gestartet hatte. Quelle: Votava



bewegung sind durchwegs männlichen Geschlechts. Eva Kreisky schildert in einem Interview, daß die Freundinnen der Heroen im wesentlichen zum „Kaffeekochen“ und zum Tippen von radikalen Aufrufen mobilisiert wurden. Hier ist eine Verspätung festzustellen, denn erst in den siebziger Jahren entsteht ansatzweise eine autonome Frauenbewegung in Österreich. Erst Ende der Siebziger reagiert die traditionelle Politik auf die sich abzeichnende Frauenbewegung durch eine signifikante Steigerung der Frauenquote in den verschiedenen Entscheidungsebenen des politischen Systems. Fristenlösung und Mitbestimmung werden 1973 durch Strafrechtsänderung und Arbeitsverfassungsgesetz institutionalisiert. Eine Anmerkung charakterisiert die Befindlichkeit: Damals hätte auch der Wirtschaftsbund der ÖVP nicht die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie zu fordern gewagt, weil es nicht dem Zeitgeist entsprach. Heute sind alle für die Privatisierung der Verstaatlichten Industrie, und von der Mitbestimmung wird sehr wenig gesprochen. In den Siebzigern hingegen waren alle für die Mitbestimmung und niemand für die Privatisierung.

Der Durchbruch zur universitären Mitbestimmung erfolgt durch das Universitätsorganisationsgesetz 1975. Schon in den ersten Überlegungen dazu, in der Schlußphase der ÖVP-Alleinregierung, deutet sich interessanterweise eine gewisse Abschwächung des „linken Zeitgeistes“ an. Unter dem damals auch für die Universitäten zuständigen Bundesminister Alois Mock wurden durchwegs Drittelparitäten in allen Universitätsgremien als Diskussionsvorschlag formuliert. Das UOG kennt überall studentische Mitbestimmung und Mitbestimmung des Mittelbaus, aber die Drittel-Parität 1:1:1 ist nur ausnahmsweise auf einigen der Ebenen, nicht aber auf der Fakultäsebene und auch nicht auf der Ebene der bevollmächtigten Berufungs- und Habilitationskommissionen zu finden. Der „linke Zeitgeist“ zusammengefaßt findet einen konkreten politischen Niederschlag und lebt weiter, etwa in Form der Mitbestimmung nach dem Arbeitsverfassungsgesetz und in der universitären Mitbestimmung.

Die Studentenbewegung in Österreich war wesentlich für die Basis sozialdemokratischer Hegemonie.

Vierte These:

Die siebziger Jahre bringen der SPÖ in Österreich, verglichen mit dem Rest Europas, einmalige Spitzenwerte. In keiner anderen westlichen Demokratie Europas nach 1945 war es einer politischen Partei gelungen, dreimal hintereinander die absolute Mehrheit an Stimmen zu erreichen. Die CDU/CSU hat es einmal geschafft, und sonst sind in Europa keinerlei vergleichbare Stimmenmehrheiten festzustellen. So gesehen sind die siebziger Jahre in Österreich der Höhepunkt der quantitativen sozialdemokratischen Folge in Europa. Die Betonung liegt auf quantitativ, denn über den Faktor Qualität wäre erst zu diskutieren.

Wenn man also Erfolg in Wählerstimmen mißt, war die SPÖ der Siebziger die erfolgreichste politische Partei Europas seit 1945. Hinter diesem Höhenflug steht eine gewaltige Integrationskraft der Sozialdemokratie, die sich auch wesentlich auf die Studentenbewegung auswirkt. Die Sozialdemokratie eines Bruno Kreisky entfaltet ihren herben Charme der Studentenbewegung gegenüber und setzt sie einer überaus starken Anziehungskraft aus. Ein Dokument für diese Integrationsstärke der Sozialdemokraten ist das noch immer in Geltung befindliche Grundsatzprogramm der SPÖ von 1978. Es wurde weitgehend von einem Redaktionsteam, an dessen Spitze Egon Matzner – ein knapp „Vor-68-Bewegter“ – stand, und von Leuten unmittelbar aus der 68er-Generation, die sich dem Integrationszog der SPÖ nicht entziehen konnten, erstellt. Natürlich ist die SPÖ damit nicht zur Partei der Studentenbewegung geworden, denn sie hat die Studentenbewegung genauso wie die Katholiken und die ehemaligen Nationalsozialisten als Segment der österreichischen Gesellschaft behandelt, das man im Zuge der additiven Pluralismusstrategie umwerben und gewinnen muß, um die nötigen Prozentpunkte dazuzugewinnen. Das bedeutet, daß zum traditionellen innerparteilichen Pluralismus der Sozialdemokratie – soundsoviele Mandate gehören der Frauenorganisation, soundsoviele gehören der Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter usw. – der regionale Proporz gelegt wird, der unter Bruno Kreisky wesentlich ergänzt worden ist. Als Beispiel einer demonstrativen Geste des absoluten Pluralismus wäre anzuführen, daß mit Rudolf Kirchschräger nicht nur ein demonstrativ als Katholik in die Auslage gestellter Mann Außenminister wurde, sondern daß auch Bruno Kreiskys erster Weg nach der Angelobung als Bundeskanzler in das Erzbischöfliche Palais zum Antrittsbesuch bei dem Kardinalerzbischof von Wien führte. Auch ehemalige Nationalsozialisten waren ein Teil der Pluralismusstrategie der SPÖ. Es wurden nicht nur relativ viele, im Ausmaß vermutlich nicht einmal von Bruno Kreisky so gewollt, ehemalige Nationalsozialisten in die Regierung Bruno Kreisky berufen, sondern in der demonstrativen Schutzgeste für Friedrich Peter 1975 wird die SPÖ gleichsam zum Schutzmantel für die ehemaligen Nationalsozialisten, die auf das „ehemalig“ einen gewissen Wert legen.

Zum additiven Pluralismus gehört von Beginn an, und das ist bereits eine Konzession an den Geist der Studentenbewegung, auch die Jugend. Ein 32jähriger wird 1970 Bundesminister für Finanzen. Heute gelten noch 40jährige als Nachwuchstalente der österreichischen Politik; und so ist Jörg Haider noch immer ein junger Politiker, obwohl er schon zehn Jahre älter ist als Androsch, als dieser Finanzminister wurde. Dieser additive Pluralismus, entsprechend der verschobenen Zeitgeistigkeit, richtet sich dann auch auf Frauen. Der Paukenschlag der vier weiblichen Staatssekretäre von 1979 fügt sich nur als ein weiterer Teil in die additive Pluralismusstrategie.

Die Studentenbewegung in Österreich war Vorboten einer neuen Beweglichkeit.

Fünfte These:

Die Studentenbewegung ist aufgrund ihrer Positionierung und Dynamik nicht den Lagern zuzuordnen. Wenn sie auch schwergewichtig links steht, so doch ohne von vornherein von der SPÖ kontrolliert zu werden. Die Studentenbewegung bringt eine Dynamik in das gesamte politische System ein. Natürlich trifft das nicht auf die Studentenbewegung allein zu, eine gewisse Parallelität fällt jedoch auf.

In den Siebzigern beginnt die Gemeinsamkeit des Abstieges der SPÖ und ÖVP. Diese Entsprechung wird zunächst noch durch das kurzfristige Hoch der SPÖ bei den Wahlen

1975 und 1979 überdeckt. Anders gesagt folgt auf das Hoch der SPÖ dann ein gemeinsamer, längerfristiger Abstieg der Großparteien. 1975 wählen 93 von 100 Österreicher/innen entweder SPÖ oder ÖVP, 1979 sind es nur noch 75 von 100. Gleichzeitig beginnt auch die Wahlbeteiligung auf der Bundesebene dramatisch zu sinken. Aus relativ aufwendigen Repräsentationserhebungen der Vergleichsjahre 1954 und 1985 ist ersichtlich, daß 1954 die SPÖ- und ÖVP-Anhänger sich automatisch mit ihrer Partei identifizieren. Die Werte von 1985 lassen hingegen erkennen, daß die Wähler von SPÖ und ÖVP sich nicht mehr mit einer Selbstverständlichkeit (wie zu einer Religionsgemeinschaft) sekundär religiös ihrer Partei zuordnen. Darum handelt es sich bei der von mir erwähnten neuen Beweglichkeit.

Woher rührt nun diese neue Beweglichkeit? Nach der klassischen Stammwählerdefinition habe man sich für eine bestimmte Partei entschieden und gebe auch dann seine Stimme, wenn man mit dem, was die Partei tut und plant, nicht 100%ig einverstanden ist. Dieses Partei-Wählen, auch wenn man diese Partei kritisiert, geht in allen sozialen Schichtungen zurück. Die geringsten Stammwählerwerte findet man bei den Jungwählern, und deren Verhalten wird natürlich im Laufe der Zeit gesellschaftlich multipliziert.

Sechste These: Die Studentenbewegung in Österreich war Vorboten und Vorläuferin der neuen sozialen Bewegungen.

Zu dem schon erwähnten Anti-Bundesheer-Volksbegehren als Beginn einer neuen Friedensbewegung kommen in Österreich: die Frauenbewegung und die Ökologiebewegung. Bei den beiden letzteren war die Studentenbewegung Vorläuferin. Zwar hat sie die Themen Ökologie und faktische Diskriminierung der Frau nicht politisch gemacht, aber durch die neue Bewegung und vor allem durch die Identität der Träger der Studentenbewegung und der neuen Sozialbewegungen wird dies deutlich.

Was heißt nun Identität der Träger? Die Träger der Studentenbewegung und der neuen sozialen Bewegungen, die Ende der Siebziger wichtig werden, sind in ihren Merkmalen weitgehend deckungsgleich, indem sie durch die Faktoren Jugend und Bildung verbunden werden. Je jünger Österreicher/innen sind und je besser sie gebildet sind – wobei besser gebildet heißt, daß man länger in den Institutionen der höheren Bildung verweilt, was mit Klügerwerden zusammenhängen kann, aber nicht zwingend ist –, desto eher neigen sie zu sozialen Bewegungen. Das hat mit bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen und Ursachen zu tun. Hierzu möchte ich als Erklärung eine Art soziale Maslow'sche Bedürfnispyramide anführen, bekannt aus der Individualpsychologie. Hierbei geht es zunächst um die Befriedigung von Primärbedürfnissen. Erst wenn diese erfolgt ist, wird der Mensch frei für andere Bedürfnisse. Bert Brecht drückt es literarisch mit den Worten aus: „Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral.“

DEKOMPOSITION DER WÄHLERSCHAFTEN DER ÖSTERR. GROSSPARTEIEN (1954–1985)

In Prozent der Anhänger der jeweiligen Partei	affektive Parteibindung			kognitive Parteibindung		
	mit „Parteidentifikation“			subjektiv gebundene Stammwähler		
	1954	1985	Veränderung	1954	1985	Veränderung
SPÖ-Anhänger	89	76	-13	81	55	-26
ÖVP-Anhänger	85	71	-14	82	49	-33

Quelle: a) Daten für 1954 nach: Österreichisches Institut für Markt- und Meinungsforschung (Dr. Fessel-Institut), *Untersuchung über die politische Einstellung der österreichischen Bevölkerung (1954, S. 6 bzw. S. 11)*
 b) Dr. Fessel + GfK. *Innen- und Außenperspektive des österreichischen Parteiensystems (1985) bzw. Dr. Fessel + GfK. Kumulierte Jahreszählung der Parteipräferenzen 1985 (N=27.000 Fälle)*

Für den politischen Bereich bedeutet Bedürfnispyramide, daß erst nach Befriedigung von sozialen Grundbedürfnissen die Menschen frei für eine neue Beweglichkeit werden. In Österreich eröffnete sich erst nach dem, was man euphemistisch Wiederaufbau genannt hat, und nachdem eine immer größer werdende Zahl von Österreichern sich an einen bestimmten Wohlstand, vor allem an soziale Sicherheit, gewöhnt hatte, die sozialpsychologische Möglichkeit für die Studentenbewegung und zehn Jahre später für die neuen sozialen Bewegungen. Auf die Zeitgeschichte bezogen gilt in dieser Hinsicht folgendes: Sobald der Hinweis „Es ist wichtig, daß es keinen 12. Februar 1934 wieder gibt!“ von einer jungen Generation nur mehr mit einem Achselzucken quittiert wird und niemand daran denkt, daß ein 12. Februar 1934 die reale Möglichkeit der Zweiten Republik darstellt, besteht in der Gesellschaft die Chance zu Studentenbewegung und sozialen Bewegungen. In diesem Punkt spielt auch der soziale Hintergrund der Universitäten eine Rolle. Die Universitäten waren – und sie sind es teilweise noch immer – die Stätten, wo nicht nur Menschen existieren, die dem Bildungssystem lange ausgesetzt sind, sondern auch Menschen, die in ihrem Durchschnitt eher aus den sozial bessergestellten Schichten der österreichischen Gesellschaft kommen. Vereinfacht ausgedrückt unterscheidet sich ein 20jähriger Student von einem 20jährigen Facharbeiter nicht nur durch die längere Verweildauer im Bildungssystem, sondern auch mit statistisch signifikanter Wahrscheinlichkeit durch einen anderen sozialen Herkunftshintergrund. Studenten sind in ihrem Durchschnitt nicht nur daran gewöhnt, daß es ihnen materiell relativ gut geht, sondern auch daran, daß sie eine relativ sichere materielle Zukunftsperspektive haben, was auch in der Gegenwart empirisch gut abgesichert ist. Die Wahrscheinlichkeit, daß ein Absolvent einer österreichischen Universität ein Dauerarbeitsloser wird, ist statistisch signifikant geringer als die Wahrscheinlichkeit, daß ein Pflichtschulabsolvent in bestimmten Regionen Österreichs, wie z. B. in Südkärnten oder der Mur-Mürzfurche, von Dauerarbeitslosigkeit betroffen wird.

Die Studentenbewegung in Österreich war Vorbotin der Zersplitterung des Parteiensystems. Zwei Faktoren sind hier insbesondere anzuführen:

Siebente These:

1. Die „Grünen“ setzen die Studentenbewegung fort
2. „Ideologisierung“ führt zur „Säkularisierung“

Ad 1. Eine der wirksamsten Kräfte für diese Zersplitterung des Parteiensystems ist die vierte Partei, die der Grünen oder Grün-Alternativen. Um die Bedeutung dieser Parteien zu verstehen, muß man sich die österreichischen Besonderheiten, auf die die Studentenbewegung der sechziger Jahre gestoßen ist, vorstellen. In der Zweiten Republik hat es keinen erfolgreichen Versuch gegeben, eine vierte Partei in das politische System einzubringen. Das österreichische Parteiensystem war in der Wahrnehmung der Zeitgenossen der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre ein verewigtes 2 1/2-Parteiensystem. Vielleicht handelt es sich hier nur um einen steingewordenen Indikator für diese uns heute so überholt erscheinende Grundannahme. In den späten siebziger Jahren wurde von der Vorarlberger Landesregierung ein neues Landhaus geplant, und für die Bedürfnisse des Landtages wurden drei Klublokale geplant. Kurz nach Eröffnung des neuen Landhauses ist eine vierte Partei im Vorarlberger Landtag eingezogen. Die Partei ist somit Motor und Indikator für die Zersplitterung. An diversen politischen Karrieren kann man nachvollziehen, /.../ daß die Karrieren direkt bzw. indirekt von der Studentenbewegung, zumeist über eine persönlich enttäuschende Zwischenstufe bei der Sozialdemokratie und/oder anderen linken Gruppierungen, zu den Grünen führen. Auch das Erlebnis ökologisch und/oder ideologisch induzierter Konflikte führt zu den Grünen: siehe Beispiele Zwentendorf und Hainburg.

Reihenbefragungen über Hainburg ergaben, daß die konsequente Forderung, man sollte auf den Bau des Staudammes gänzlich verzichten, von dem Faktor Jugend und dem Faktor Maturanten und Akademiker am deutlichsten gutgeheißen wurde, während die Pflichtschulabsolventen mit deutlicher Mehrheit Position für den Bau bezogen. Gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten galt auch, daß Jungwähler signifikant stärker gegen den Bau als für den Bau waren. Diese beiden angeführten Ereignisse von 1978 und

1984 bilden einen Schlüssel für das Verständnis der Entwicklung des politischen Systems in den späten siebziger und in den achtziger Jahren, sie zeigen identischen sozialen Hintergrund.

Ad 2. Durch eine neue Ideologisierung, für die die Studentenbewegung verantwortlich war, kam es letztendlich zu einer Säkularisierung des Parteiensystems. Die Studentenbewegung, die vereinfacht definiert die Demokratie wörtlich nehmen will, hat einer de facto ausgehöhlten politischen Landschaft eine neue, ideologische Dynamik gegeben. Programme wurden ernstgenommen, inhaltliche Ziele wurden formuliert und teilweise auch durchgesetzt. Aber dieser erste Schritt der Ideologisierung hat dann, als vor allem die in Österreich so ungewöhnlich erfolgreiche Integrationsstrategie der SPÖ nicht mehr so funktioniert hat – nicht mehr so funktionieren konnte – zu einem Zerbröckeln der traditionellen Lager wesentlich beigetragen. Die ideologische Erwartung wurde nach einer Phase der Eingemeindung erzeugt, und mit der mangelnden Fähigkeit der Großparteien ist die Enttäuschung gestiegen. Als Ergebnis bröckeln die auf Loyalitäten aufbauenden Lager ab, und dies weist auch den Charakter einer Säkularisierung auf. Die Parteien als Lager waren Ersatzkirchen, und der Auszug aus diesen Ersatzkirchen bedeutete Trennung von Lebensplanentscheidung, Weltanschauung, einmalig getroffenen Weichenstellungen und konkreten politischen Aktivitäten: also Säkularisierung.

Achte These: Die Sekundärwirkungen der Studentenbewegung in Österreich sind wichtiger als ihre primären Folgen.

Die primären Folgen der Studentenbewegung sind im internationalen Vergleich, was insbesondere die USA, Frankreich und die BRD, aber auch die meisten westeuropäischen Demokratien betrifft, sicherlich in Österreich weniger beachtlich. Allerdings tritt hier eine Art von „Umwegrentabilität“ auf, über die die Studentenbewegung ganz wichtige Sekundärwirkungen gezeigt hat, welche beispielhaft die folgenden sechs Punkte ausmachen.

1. Politische Loyalität wird durch Umwegrentabilität – in Übereinstimmung mit der Tendenz der Studentenbewegung – von festen Lagerstrukturen zunehmend befreit. Politische Loyalitäten, politisches Engagement mit Zielvorstellungen und politische Bildung werden immer weniger automatisch als SPÖ, ÖVP oder FPÖ verstanden. Andere, zu den Parteien querliegende oder neue Parteiformen erfassende Möglichkeiten zur politischen Loyalität werden zunehmend möglich. Somit gibt es das Lagerdenken als ewig wichtige Quelle politischer Loyalität nur noch in Restbeständen, konkurrierend mit nunmehr davon befreiten Formen politischer Loyalität.

2. Die Studentenbewegung hat sekundär zu einer Entstaatlichung des politischen Denkens beigetragen – zu dem, was in der anglo-amerikanischen Diskussion die civil society heißt –, nicht zu verwechseln mit einer wirtschaftlichen Entstaatlichungsdiskussion, sondern zu einer Entstaatlichung im politisch-kulturellen Sinn. Die Vorstellung, daß der Fortschritt noch immer wie zu Zeiten des Kaisers Joseph II. von oben kommt – von wohlmeinenden Politikern, wohlmeinenden Herrschern, von „Denen-Da-Oben“ –, ist als Sekundärwirkung der Studentenbewegung und in Übereinstimmung mit ihrer grundsätzlichen Stoßrichtung in Österreich ganz wesentlich geschwächt worden.

3. Enthierarchisierung der politischen Kultur zeigt sich in der Weise, daß politische Eliten, mit einem selbstverständlichen Respekt der Basis ausgestattet, nicht mehr ein Maximum an Spielraum zur Gestaltung politischer Entscheidung haben. Das, was die Zweite Republik in den ersten Jahrzehnten ausgezeichnet hat, stabilisiert hat, ist durch diese Sekundärwirkung der Studentenbewegung – in Übereinstimmung mit deren Stoßrichtung – heute in Frage gestellt. Der Handschlag eines ÖGB-Präsidenten mit einem Bundeswirtschaftskammerpräsidenten hat vor 20, 30 Jahren einen anderen Stellenwert als heute gehabt. Nicht, weil die Betroffenen nicht mehr einander mit Handschlag etwas zusichern wollen, sondern weil die gesellschaftliche Akzeptanz dieser so besiegelten Abmachung nicht mehr so selbstverständlich vorherrscht. Der abnehmende Respekt vor „Denen-Da-Oben“ ist Teil dieser Enthierarchisierung der politischen Kultur. Aufmüpfige Lehrer scheren sich nicht mehr unbedingt um den

Landesschul- oder Bezirksschulinspektor. In Bereichen des öffentlichen Dienstes hat die jeweils herrschende Fraktion mehr Mitglieder als Wähler bei Personalvertreterwahlen. Politiker machen Karriere, indem sie in einer bestimmten Phase ihres Lebens durch extreme Aufmüpfigkeit auf sich aufmerksam machen.

4. Als Sekundärwirkung der Studentenbewegung kann auch die Theatralisierung des politischen Stils gelten. Die Studentenbewegung hat 1968 das „happening“ als politische Waffe entdeckt, welche uns seither – wenn auch nicht unter dieser Bezeichnung – begleitet. Auch Tiroler Bergbauern, die gegen den Transit demonstrieren, wissen, daß erstens nicht nur die Wipptalautobahn zu besetzen, sondern zweitens auch rechtzeitig ein Fernsehteam des ORF dorthin zu bestellen ist. Die Theatralisierung als Mittel des politischen Konfliktes ist durch die Studentenbewegung in Bewegung gekommen und seither Allgemeingut geworden.

5. Als Sekundärwirkung nicht unbedingt gewollt, aber gerne von der Studentenbewegung in Kauf genommen ist die abnehmende Berechenbarkeit der politischen Prozesse in Österreich. Als Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre in Deutschland eine Modediskussion über Regierbarkeit begonnen hat, sind wir Österreicher aus typisch deutscher Sicht noch regierbar gewesen. Die Deutschen sagen sich, sie könnten nicht mehr regierbar sein, und Österreich wurde als wunderbar regierbares Vorbild angeführt. Es gibt da einige wenige Leute, die etwas allgemeinverbindlich mit Handschlag abschließen: die Sozialpartnerschaft zweier Parteiführer, die für alle sprechen können.

6. Die vielleicht wichtigste Konsequenz der Studentenbewegung ist die Internationalisierung in Form einer Entösterreicherung, einer Entaustriifizierung. Österreich wird immer weniger Österreich, wenn Österreich heißt, daß Politik nichts anderes als SPÖ und ÖVP sowie die Sozialpartnerschaft zweier Präsidenten bedeutet. Wenn Österreich ausmacht, daß politisches Wissen atmosphärisch von Generation zu Generation vererbt wird, dann ist Österreich heute schon nicht mehr es selbst. Österreich hat sich vielmehr in allen nachvollziehbar meßbaren Werten Westeuropa angenähert. Die Wahlbeteiligung nimmt von einer österreichischen Höhe ab und geht in die Richtung einer westeuropäischen Normalität. Die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien ist immer noch gering – aber es spricht mehr Wahrscheinlichkeit dafür, daß im Parlament des Jahres 2000 sechs Parteien sitzen werden, als daß drei Parteien sitzen werden. Die Parteimitgliedschaft ist in Österreich noch immer relativ hoch, aber die SPÖ hat in absoluten Zahlen zwischen 1980 und 1990 über 100.000 Parteimitglieder verloren. Noch immer besitzt der ÖGB relativ viele Mitglieder, aber er kann seine am Papier aufgewiesene Organisationsstärke nur dadurch bewahren, daß er zunehmend Pensionisten und Rentner unter die aktiven Mitglieder rechnet. Alles das stellt einen Prozeß der Entaustriifizierung dar, wenn Österreich „die Summe der ungewöhnlichen Spitzenwerte an politischer Organisiertheit“ heißt. Das ist sicherlich nicht primär von der Studentenbewegung bewirkt worden, sie hat aber hier – neben anderen – als eine Art Katalysator fungiert. In diese „Insel der Seligen“ wurde ein Element der von außen induzierten, nicht in Österreich gemachten Beweglichkeit gebracht. Die Studentenbewegung, die als eine schon milder gewordene Welle diese österreichische Insel erreicht hat, hat zu der Internationalisierung beigetragen und geholfen, daß etwas, was unvermeidlich auf Österreich zugekommen wäre, deutlicher und etwas bewegter passiert ist.

*Aus: Pelinka, Anton: Die Studentenbewegung der 60er Jahre in Österreich.
8 Thesen aus politikwissenschaftlicher Sicht,
in: Schriftenreihe zur Lehrerbildung im berufsbildenden Schulwesen,
Heft 146, Wien 1993, S. 87–104.*

- 1963** Erster Ostermarsch (500 bzw. 1300).
- 1964** August:
Demonstration der FÖJ vor der US-Botschaft anlässlich des beginnenden US-Bombardements auf Nordvietnam.
September:
Olah-Krise. Erster Versuch des VSM, die rechte Mehrheit im VSStÖ zu brechen.
- 1965** Jänner:
Zwei konkurrierende Präsidien der Landesorganisation Wien des VSStÖ bilden sich.
Februar:
Vietnam-Demonstrationen der FÖJ.
März:
Zwei konkurrierende Präsidien der Bundesorganisation des VSStÖ bilden sich.
23. März:
Taras Borodajkewicz gibt eine Pressekonferenz.
29. März:
Demonstration der Österreichischen Widerstandsbe-
wegung gegen Borodajkewicz.
31. März:
Bei einer Demonstration gegen Borodajkewicz wird Ernst Kirchweger von einem Neonazi erschlagen.
8. April:
18.000 Menschen nehmen am Begräbnis teil.
27. Mai:
Die SPÖ setzt ein Schiedsgericht zur Klärung der Verhältnisse im VSStÖ ein.
29. Nov. – 3. Dez.:
Die Linken erringen bei einer Urabstimmung im Wiener VSStÖ die Mehrheit.
- 1966** 6. März:
Die SPÖ erleidet bei den Nationalratswahlen eine empfindliche Niederlage (Verlust von 1 Prozent der Stimmen trotz KPÖ-Wahlempfehlung).
9. März:
Die Präsidien von VSStÖ und VSM fordern von der Parteivertretung den Austritt aus der Großen Koalition.
25. März:
Erste Vietnam-Demonstration der sozialistischen Mittelschüler und Studenten.
20. April:
Die ÖVP bildet unter Kanzler Josef Klaus die erste Alleinregierung der Nachkriegsära.
- 17./18. September:
Der VSStÖ-Verbandstag nimmt scharf gegen die US-Politik in Vietnam Stellung; die Reideologisierung der SPÖ wird offen angestrebt.
10. Dezember:
Mahnwachen gegen die US-Politik in Vietnam anlässlich des Tages der Menschenrechte.
- 1967** 25. Jänner:
Kurzfristige Besetzung des Hörsaals 1 im Neuen Institutsgebäude aus Protest gegen das Verbot des Teach-ins über Vietnam durch den Akademischen Senat. Erfolge von RFS und VSStÖ bei den Hochschüler-schaftswahlen. Der CV-nahe Wahlblock verliert die Mehrheit.
Ende Jänner:
Der SPÖ-Parteitag wählt Bruno Kreisky zum Parteivorsitzenden.
1./2. April:
Ostermarsch (2000). Der VSM lehnt eine Teilnahme wegen pazifistischer, nicht eindeutig gegen das US-Engagement in Vietnam gerichteter Parolen ab.
30. April:
Die Marschblöcke von VSStÖ und VSM ziehen nach dem traditionellen Fackelzug zur US-Botschaft (300).
Erste Ausschlüsse aus dem VSStÖ. „Demonstrations“-Abkommen mit der SPÖ (Kundgebungen nur im Einvernehmen mit dem Parteivorstand).
3. Juli:
Der VSM, der die ausgeschlossenen VSStÖler aufgenommen hat, wird von der SPÖ aus seinem Sekretariat delogiert.
Oktober:
Die VDS wird von der FÖJ reaktiviert.
3. Oktober:
Der VSStÖ organisiert ein Go-in in der Aula der Wiener Universität aus Protest gegen erhöhte Studiengebühren und neue Fragebögen. Die Kommune Wien tritt erstmals als informelle Gruppe auf (100).
9. Oktober:
Die Kommune Wien veranstaltet ein Love-in (100).
19. Oktober:
Unterrichtsminister Piffel-Percevic wird bei der Inaugurationsfeier mit Paradeisern beworfen (600).
21./22. Oktober:
Der VSStÖ erzwingt in einer fünfundzwanzigstündigen Debatte einen Beschluß der Hochschülerschaft für eine Demonstration gegen den Bildungsnotstand und die erhöhten Studiengebühren. 4000 Studenten demonstrieren dann für diese Ziele. Unterrichtsminister Piffel-Percevic stellt sich im Albert-Schweitzer-Haus einer Diskussion.
29. November:
Aufgrund von Gerüchten über eine Verhaftung Rudi Dutschkes in Berlin wird eine Demonstration zur Botschaft der BRD durchgeführt.
Anfang Dezember:
Der Konflikt des VSStÖ mit dem SPÖ-Parteivorstand wegen Bruch des Demonstrationsabkommens führt zu einer Subventionssperre.
- 1968** Jänner:
Der VSStÖ erneuert das Demonstrationsabkommen mit dem Parteivorstand, die Subventionssperre wird aufgehoben.
10. Februar:
Polizeiaktion gegen Anti-Schah-Demonstration (150).
13. Februar:
Vietnam-Demonstration vor dem Amerika-Haus (1200).
12. März:
Bei der Vortragsserie „Hellas“ an der Universität kommt es zu Auseinandersetzungen, weil linke Studenten eine Diskussion über das Obristenregime fordern. Solidaritätsdemonstration mit polnischen Studenten.
12. April:
Demonstration nach dem Attentat auf Rudi Dutschke (500).
23. April:
Die Mitgliederversammlung des VSStÖ Wien fordert den Bruch mit der SPÖ.
25. April:
Kundgebung der Elin-Arbeiter vor der Firmenzentrale (1000); der VSStÖ beteiligt sich. Gründung des Aktionskomitees sozialistischer Arbeiter und Studenten.
27./28. April:
Der VSStÖ-Vorstand erklärt seine Loyalität gegenüber der SPÖ.

27. April:
Ostermarsch.
1. Mai:
Blasmusikrummel (1000).
Innenminister Soronics:
„Keine Milde bei Tumulten!“
2. Mai:
Dreizehn Mitglieder verlassen
den VSStÖ.
3. Mai:
Demonstration gegen die
drohende Sperre der Loko-
motivfabrik.
13. Mai:
Ein Vortrag Otto Habsburgs
muß wegen Protesten
abgesagt werden.
16. Mai:
Pressekonzferenz und Teach-in
(500) des neu gegründeten SÖS.
28. Mai:
Solidaritätsaktion für die
Belegschaft der Wiener Loko-
motivfabrik.
29. Mai:
Teach-in des SÖS mit Bahman
Nirumand zum Thema: „Welt-
revolution und internationale
Reaktion“, anschließend
Hörsaalbesetzung und Diskus-
sionen mit Betriebsräten
der Wiener Lokomotivfabrik.
Auseinandersetzungen mit
RFSlern (150).
30. Mai:
Schülerdemonstration in Wien
(1500). Streik im Gymnasium
Stubenbastei (200).
4. Juni:
Das Innenministerium erläßt
einen Untersagungsbescheid
gegen den Verein SÖS.
5. Juni:
Die Belegschaft der Loko-
motivfabrik lehnt in einer
Urabstimmung einen Streik ab.
7. Juni:
Teach-in des SÖS „Kunst und
Revolution“.
Innenminister Soronics droht
mit der Abschiebung von
Ausländern.
10. Juni:
Go-in des RFS in der Aula
gegen den SÖS.
14. Juni:
Der SÖS teilt in einem Flugzet-
tel seine Selbstauflösung mit.
Die Studenten wählen die
ersten Institutsvertreter (am
Germanistischen Institut).
26. Juni:
Disziplinarverfahren gegen

vierzehn SÖS-Aktivist*innen
werden eingeleitet.
20. Juli:
Wegen rechtswidriger Beset-
zung der Disziplinarkommission
müssen die Verfahren gegen
die SÖSler ausgesetzt werden.
31. Juli:
Der Prozeß gegen die
Aktionisten beginnt.
22. August:
FÖJ und VDS nehmen gegen
den russischen Einmarsch
in die ČSSR Stellung. Die
„Volksstimme“ erscheint mit
der Schlagzeile: „KPÖ gegen
Einmarsch“.
September:
Gründung der FNL.
1.–4. Oktober:
SPÖ-Parteitag. Der VSStÖ
deponiert ein Forderung-
spaket, Kreisky spricht von
„Revolutionsharlekinen“.
17. Oktober:
Störung der Inauguration.
11. November:
VSStÖler demonstrieren in
Innsbruck bei den Republik-
feiern gegen das Bundesheer.
20. Jänner:
Demonstration gegen den
Vietnam-Krieg und den Schah
(je 500). Die Demonstration
gegen den Schah wird von
SAVAK-Agenten gestört.
Demonstranten dringen
während der Vorstellung von
„Aida“ in die Oper ein. Das
mit der Aufschrift „Ehre Frei-
heit Vaterland – Den in Ehren
gefallenen Helden unserer
Universität – Errichtet von der
deutschen Studentenschaft
und ihren Lehrern“ versehene
Kriegerdenkmal in der Aula,
vor dem die farbentragenden
Burschenschaften einmal
wöchentlich ihren Steh-
konvent abhalten, wird mit
Kot beschmiert.
21. Jänner:
SAVAK-Agenten überfallen
oppositionelle Perser im
Rathauspark.
22. Jänner:
Ergebnis der Hochschul-
schaftswahlen: CV-nahe Öster-
reichische Student*innenunion 49
Prozent, Aktion 8, VSStÖ 12,
VDS 1 Prozent. Die FNL hatte
zum Wahlboykott aufgerufen.
Schwere Zwischenfälle bei

einer Anti-Schah-Demonstra-
tion (3000).
28. Jänner:
Flugblätter der Aktionskom-
itees zur Ausweisung des persi-
schen Geheimdienstes aus
Österreich werden beschlag-
nahmt. Ein Hungerstreik op-
positioneller Perser beginnt
(40).
17. Februar:
Kreisky versucht bei einer Aus-
sprache mit führenden VSStÖ-
Funktionären, diese an die
SPÖ heranzuführen.
31. Mai:
Bed-in von John Lennon und
Yoko Ono im Hotel Sacher.
20. Juni:
Das Kriegerdenkmal in der
Aula der Universität wird nach
der Neueinweihung durch den
Rektor wiederum mit Kot
beschmiert.
25. Juni:
Die Österreichische Hoch-
schüler*innenenschaft verlangt
Mitbestimmung bei der
Rektorswahl.
28. Juni:
Die Hauptausschußsitzung
der Hochschüler*innenenschaft
in Salzburg wird von den Linken
gesprengt.
10. September:
Die VDS veranstaltet eine
Trauerkundgebung für Ho-
Chi-Minh an der Universität.
14. Oktober:
Demonstration auf dem
Dach der Raxwerke in
Wiener Neustadt.
13. November:
Amerikanische Student*innen
demonstrieren vor der
US-Botschaft (80).
14. November:
Vietnam-Demonstration (500).
Dezember:
Das Neue Forum startet
ein Anti-Bundesheer-
Volksbegehren.

Die in Klammern gesetzten Zahlen geben
die Zahl der Teilnehmer von Demonstrationen
und Kundgebungen an. (Die Zahlenangaben
wurden übernommen aus dem Hochschul-
dossier 1 und 2, aus der Wandzeitung
Nr.1/ November 1969 und 3/Jänner 1970 sowie
aus der Zeitung Die Presse).

Aus: Keller, Fritz: *Wien, Mai '68 – eine heiße
Viertelstunde*, 2. erw. Auflage, Junius Verlag,
Wien 1988, S.143–151.

Aktion: Zuerst in Graz, später auch in Wien gebildete StudentInnenfraktion, bestehend aus Linken, Liberalen und KatholikInnen. Die Gruppierung trat durch originelle Aktionen und zum Teil radikaldemokratische Reformvorschläge in Erscheinung.

Aktionismus: Eigenständige österreichische Ausprägung der internationalen Happening- und Fluxusbewegung. Mitglieder dieser Gruppe waren Günther Brus, Adolf Frohner, Otto Mühl, Hermann Nitsch, Rudolf Schwarzkogler. Sie etablierten ab 1958 bewußt provozierende Auführungsformen, die Elemente der bildenden Kunst, des Theaters, politischer Demonstration und religiösen Rituals vereinten und in deren Mittelpunkt der eigene Körper stand. Ziel des Aktionismus war die Auflösung des herkömmlichen Kunstbegriffs.

„Blasmusikrummel“: Am 1. Mai 1968 fand der politische Konflikt zwischen dem linken Flügel des VSStÖ und der SPÖ einen Höhepunkt in einer Demonstration von einigen VSStÖ-Mitgliedern, KommunistInnen, KommunardInnen und Elin-ArbeiterInnen gegen geplante Kündigungen im Elin-Unternehmen in Wien. Im weiteren Verlauf kam es auf dem Rathausplatz zwischen den DemonstrantInnen und den TeilnehmerInnen des dort stattfindenden Blasmusikfestes der SPÖ zu Tumulten, die durch das Eingreifen der Polizei beendet wurden. Die beteiligten VSStÖ-Mitglieder wurden vom Verband ausgeschlossen bzw. traten freiwillig aus.

CV: Cartell-Verband der katholischen österreichischen Studentenvereinigungen. Der CV umfaßt 44 farbentragende, nichtschlagende Verbindungen. In den sechziger Jahren bildete sich innerhalb des CV eine reformorientierte Gruppe, die liberale Positionen vertrat. In den siebziger Jahren verließ ein Großteil dieser reformorientierten Gruppe den CV bzw. wurde ausgeschlossen.

Fluxus: Internationale Kunstbewegung, die die Grenzen zwischen Musik, Theater, bildender Kunst etc. und die Grenzen zwischen KünstlerIn und Publikum aufheben will. Die ersten Fluxus-Veranstaltungen fanden 1957 in den USA statt.

FNL: Föderation Neue Linke. Aus ehemaligen SÖS-Mitgliedern im Sommer '68 gegründete linksorientierte Organisation.

FÖJ: Freie österreichische Jugend. Wurde nach 1945 als überparteiliche Massenorganisation gegründet, war später eine linksorientierte bzw. KPÖ-nahe Organisation.

Happening: Bezeichnung für Aktionskunst, die die Grenzen zwischen Kunst und Leben aufheben will. Das Publikum wird beim Happening unmittelbar einbezogen.

Kommune Wien: Ein außerhalb der studentischen Fraktionen gebildeter „Freundeskreis“, der sich basisdemokratisch organisierte und in unkonventionellen „Aktionen“ – etwa einem Love-In und in der Aufführung eines Theaterstücks in der Universität – gesellschaftspolitische Anliegen thematisierte. Einige KommunardInnen waren

auch am Teach-In „Kunst und Revolution“ in der Universität im Juni 1968 beteiligt.

Konzeptkunst: Kunstrichtung, die sich Mitte der sechziger Jahre aus der Minimal art entwickelte. Im Vordergrund steht dabei die Konzeption bzw. die Idee, nicht das materielle Kunstwerk. Das Konzept wird durch Photos, schriftliche Aufzeichnungen dokumentiert und soll die BetrachterInnen zu schöpferischen Denkprozessen anregen. VertreterInnen der Konzeptkunst in Österreich sind Valie Export und Peter Weibel.

ÖSU: Österreichische Studentenunion. ÖVP-nahe StudentInnenorganisation.

RFS: Ring Freiheitlicher Studenten. FPÖ-nahe, rechtsorientierte studentische Fraktion. Der RFS hatte bei Hochschülerschaftswahlen in den sechziger Jahren einen Stimmenanteil von ca. 30%.

SAVAK: Iranischer Nachrichten- und Sicherheitsdienst und Geheimdienst unter Schah Mohammed Resa. Bei der Verfolgung der innenpolitischen Opposition wendeten die SAVAK-Agenten auch Folter an. Nach dem Sturz des Schah im Februar 1979 wurde der Geheimdienst aufgelöst.

SÖS: Sozialistischer Österreichischer Studentenbund. Konstituierte sich nach dem „Blasmusikrummel“ aus ausgetretenen und ausgeschlossenen VSStÖ-Mitgliedern und Mitgliedern der Kommune Wien. Der SÖS organisierte unter anderem die Uni-Aktion „Kunst und Revolution“ im Juni 1968, löste sich aber danach aufgrund der Auseinandersetzungen darüber rasch wieder auf.

Uni-Aktion „Kunst und Revolution“: Das vom SÖS am 7. Juni 1968 im Hörsaal 1 der Universität Wien veranstaltete Teach-In zum Thema „Kunst und Revolution“ wurde vor allem aufgrund der Medienberichte zum Skandalereignis des Jahres 1968. Zunächst hielten Otto Mühl, Peter Weibel, Oswald Wiener und Franz Kaltenbäck simultan Vorträge, Valie Export schaltete dabei das Mikrofon ständig ein und aus, so daß die Vorträge nur bruchstückhaft bzw. überhaupt nicht zu verstehen waren. Gleichzeitig begann Günther Brus mit einer „Körperaktion“: Er fügte sich mit einer Rasierklinge Schnitte zu, beschmierte sich mit Kot, onanierte und sang dazu die Bundeshymne. Währenddessen peitschte Mühl einen Masochisten aus. Die Reaktion der Öffentlichkeit war vehement, auch von studentischer Seite und vom SÖS selbst kam scharfe Kritik. Einige TeilnehmerInnen wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt, der SÖS löste sich wenig später auf.

Universitätsorganisationsgesetz (UOG): Das 1975 erlassene Gesetz sah eine abgestufte Mitbestimmung des Mittelbaus (DozentInnen und AssistentInnen) und der StudentInnen und die Einrichtung neuer Entscheidungsgremien vor. Dadurch sollten die Macht der Ordinarien eingeschränkt, die Entscheidungsprozesse innerhalb der Universitäten demokratisiert werden.

VDS: Vereinigung Demokratischer Studenten. Linksorientierte StudentInnenorganisation.

VSM: Verband Sozialistischer Mittelschüler. Linke Jugendorganisation der SPÖ, die in den sechziger Jahren heftige Kritik an der Politik der Bundespartei übte. Mitglieder des Verbandes spielten eine wesentliche Rolle in den 68er-Protesten.

VSStÖ: Verband Sozialistischer Studenten Österreichs, StudentInnenorganisation der SPÖ. In den sechziger Jahren erfolgte eine zeitweise Spaltung in einen rechten und einen linken Flügel des VSStÖ. Unter Führung des linken Flügels kam es auch zunehmend zu Konflikten mit der SPÖ.

Wiener Gruppe: Die Gruppe österreichischer LiteratInnen konstituierte sich 1951/52 und bestand bis 1964. Mitglieder waren u.a. Friedrich Achleitner, H.C. Artmann (bis 1958), Konrad Bayer, Gerhard Rühm, Oswald Wiener. Im Vordergrund standen die Suche nach progressiven, avantgardistischen Schreibweisen und die Auseinandersetzung mit „Sprache“ als Material. Die Mitglieder arbeiteten mit Textmontagen, konkreter, akustischer und visueller Poesie. Sie veranstalteten bereits in den fünfziger Jahren Happenings und Lesungen.

Danneberg, Bärbel, Machalicky, Aly, Keller, Fritz, Mende, Julius (Hg.): Die '68er. Eine Generation und ihr Erbe. Mit Texten von Robert Schindel, Ernest Bornemann, Elfriede Hammerl, Dieter Schrage, Konrad-Paul Liessmann u.a., Wien (Döcker Verlag), erscheint voraussichtlich im April 1998

Der Sammelband bietet eine Zusammenstellung von zeitgenössischen Texten, Erinnerungen von „68ern“ und Einschätzungen aus heutiger Perspektive.

Ebner, Paulus, Vocelka, Karl: Die zahme Revolution '68. Wien (Ueberreuter Verlag), erscheint im März 1998

Die Autoren geben einen detaillierten und umfassenden Überblick über die Ereignisse 1968 in Österreich und die Folgen von 1968 in Politik, Gesellschaft und Kultur.

Roussel, Danièle: Der Wiener Aktionismus und die Österreicher. Gespräche, Klagenfurt (Ritter Verlag) 1995

Gespräche mit KünstlerInnen, PolitikerInnen, PhilosophInnen, HistorikerInnen, u.a. Hermann Nitsch, Valie Export, Bruno Aigner, Konrad-Paul Liessmann, Erhard Busek, Theodor Piffel-Percevic, Gerfried Sperl, Hugo Portisch, Otto Schulmeister, Erika Weinzierl, Adolf Holl.

Sieder, Reinhard, Steinert, Heinz, Tálos, Emmerich (Hg.): Österreich 1945–1995. Gesellschaft, Politik, Kultur, Wien (Döcker Verlag) 1995

Der Sammelband umfaßt – gegliedert in die Phasen 1945–1980, 1980–1995 und in einen Längsschnitt von 1945–1995 – Artikel u.a. zur Parteienlandschaft, Sozialpartnerschaft, Wirtschaft, zu Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus, zu städtischen und dörflichen Lebenswelten, sozialem und kulturellem Wandel, Filmproduktion, Fernsehgeschichte, Landschaftsgeschichte.